



Der Putsch

Gespräch mit Dilma Rousseff. Über den Umsturz in Brasilien, der einer Politik dient, die nur gegen das Volk durchsetzbar ist. Außerdem: Schwarzer Kanal zu Verschwörungen, die alle nach Moskau führen. Reportage über sozialen Widerstand Tausender Wohnungsloser in São Paulo

ACHT SEITEN EXTRA

GEGRÜNDET 1947 · SA./SO., 18./19. NOVEMBER 2017 · NR. 268 · 2,00 EURO (DE), 2,20 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Die Kundschafter

Der US-Internetkonzern Google plant die Eröffnung eines »Campus Berlin« mitten in Kreuzberg

3

Die Zivilklausel

NRW-Regierung will Kriegsforschung wieder erlauben und Campusmatur für Nicht-EU-Bürger

4

La guerrillera

Am 19. November wäre Tamara Bunke 80 geworden. Sie kämpfte an der Seite Che Guevaras

12

Die Sieben

Professoren wehrten sich 1837 gegen die Wiedereinführung der ständischen Verfassung

15



Kampf um Siemensstadt

Zuerst verkündet der Großkonzern Spitzengewinn, dann weitere Stellenvernichtung. In Berlin wehren sich die Arbeiter verschiedener Konzerne dagegen. Von Johannes Supe

»Die Stunde der Solidarität«: Etwa 1.300 Industriearbeiter protestierten am Freitag in Berlin gegen Arbeitsplatzabbau

«In Scheißstaat ist das hier», sagt ein Arbeiter, dem Aussehen nach vielleicht Anfang 60. »Eine Scheißhauswirtschaft«, gibt sein wohl 20 Jahre jüngerer Kollege zurück. Beide tragen sie Arbeitsanzüge, die sie als Siemens-Beschäftigte ausweisen. Um zehn vor zehn am Freitag morgen sind die Straßen vor dem Berliner Dynamowerk des Großkonzerns noch ziemlich verlassen. Nur ein paar Dutzend Mitarbeiter stehen hier und tragen Fahnen und Transparente der IG Metall. »Die Kollegen sind noch im Werk und pfeifen gerade die Geschäftsführung aus, also warten wir noch einen kleinen Moment«, ruft Gewerkschaftsmann Klaus Abel den Anwesenden zu. Tatsächlich strömen nur wenige Minuten später Hunderte Arbeiter aus dem Werk hinaus. Die Slogans ihrer Schilder, die Pfeifkonzerte, die Gespräche untereinander machen eines deutlich: Die Industriearbeiter sind sauer.

Mehr als 1.300 Beschäftigte nahmen nach Angaben der IG Metall

am Freitag an einer Kundgebung der Gewerkschaft teil. Hintergrund des Protests ist die von Siemens am Donnerstag angekündigte Arbeitsplatzvernichtung. Der Großkonzern hatte bekanntgegeben, in den kommenden Jahren weltweit 6.900 Stellen streichen zu wollen, darunter 3.300 in der Bundesrepublik. In der Hauptstadt sollen etwa 1.000 Arbeitsplätze entfallen, hauptsächlich im Dynamo-, aber auch im Gasturbinenwerk.

»Ich habe Menschen gesehen, die hatten die Tränen in den Augen, weil sie nicht wissen, wie sie jetzt noch ihre Häuser abbezahlen sollen. Und das alles nur wegen Fehlern, die das Management gemacht hat«, sagte Predrag Savic, Betriebsratsvorsitzender des Dynamowerks. Der Standort sei konsequent heruntergewirtschaftet worden, in vier Jahren habe man ebenso viele Werkleiter erleben müssen. »Von denen konnte es einer einfach nicht, einer durfte nicht, einer konnte gut reden und was den vierten angeht,

da weiß ich noch nicht, was ich von ihm halten soll«, so Savic. Die Kollegen hingegen hätten auch Samstags- und Sonntagsarbeit auf sich genommen, um die Fabrik durchzubringen. »Dieses Werk, ganz Siemensstadt, das ist unsere Lebensleistung. Und die werden wir fortsetzen.«

Tatsächlich ist von den Abbauplänen abermals Siemensstadt, also der industriell geprägte Ortsteil des Berliner Bezirks Spandau, betroffen. Noch sind hier etwa 10.000 Industriearbeiter tätig. Doch auch diese Zahl ist schon das Ergebnis eines mal schleichenden, mal plötzlichen Abbaus, sagte der erste Bevollmächtigte der IG Metall, Klaus Abel, gegenüber jW. Vor rund zwei Jahrzehnten seien hier noch doppelt so viele Arbeiter beschäftigt gewesen. In den 60er Jahren habe die Zahl bei 30.000, in noch weiter zurückliegenden Spitzenzeiten gar bei 40.000 Werkträgern gelegen.

Kritik übten die Beschäftigten insbesondere an Josef Käser, dem Vor-

standsvorsitzenden der Siemens AG. Dieser hatte noch in der Vorwoche einen Spitzenabschluss des Konzerns vorweisen können: Der Gewinn belief sich demnach auf 6,2 Milliarden Euro. Die geplanten Stellenstreichungen begründet die Siemens-Führung hingegen mit einer eingebrochenen Nachfrage nach den in den Werken hergestellten Produkten wie etwa Gasturbinen. »Käser legt die Axt an den Industriestandort an«, sagte etwa Gewerkschafter Abel.

Nicht nur Beschäftigte der betroffenen Werke nahmen an den Protesten teil. Auch eine Delegation der BMW-Arbeiter stand bei den »Siemensianern«. Zudem erschienen in großer Zahl Mitarbeiter des Lampenherstellers Ledvance, denen ebenfalls mit Stellenvernichtung gedroht wird. Dieses Zusammenrücken sei das einzige Positive an der Situation, sagte der Betriebsratsvorsitzende des Siemens-Gasturbinenwerks, Günter Augustat. »Das hier ist die Stunde der Solidarität.«

Entlassener Vizepräsident zurück in Simbabwe

Harare. Zwei Tage nach dem Militärputsch in Simbabwe ist der von Staatschef Robert Mugabe entlassene Vizepräsident und mögliche Anwärter auf das Präsidentenamt Emmerson Mnangagwa in das südafrikanische Land zurückgekehrt. Das berichteten am Freitag Stimmen aus Mnangagwas Umfeld. Mnangagwa war in der vergangenen Woche abgesetzt worden und kehrte demnach am Donnerstag nach Simbabwe zurück. Unterdessen meldete das Militär des Landes die Festnahme mehrerer Vertrauter Mugabes. Die Militärführung erklärte weiter, dass sie mit ihm über die nächsten Schritte spreche. Der Staatschef hatte sich zwischenzeitlich erstmals wieder in der Öffentlichkeit gezeigt. Mugabe nahm laut der Zeitung *Newsday* an einer Abschlussfeier an der Zimbabwischen Open University teil. (AFP/dpa/jW)

Neonazi darf nicht mehr Polizist sein



Leipzig. Ein Polizist, der sein neofaschistisches Gedankengut durch Tätowierungen nach außen trägt, darf kein Beamter sein. Er bringe damit seine grundsätzliche Abkehr von der Verfassungsordnung zum Ausdruck, urteilte am Freitag das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. Das Land Berlin hatte bereits 2007 Disziplinarlage gegen den Mann erhoben und ihn suspendiert. Die beiden Vorinstanzen hatten die angestrebte Entlassung aus dem Beamtenverhältnis aber als nicht gerechtfertigt angesehen. Der Beamte erhielt weiter seine Bezüge. Von ihm existieren Fotos, auf denen er den Hitlergruß zeigt. In seiner Wohnung wurden zahlreiche Nazi-devotionalien gefunden.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Berlin zeigte sich erleichtert. Der Neonazi habe jahrelang vom »lahmenden System« profitiert, sagte ein Sprecher. Schnellstmöglich müsse geklärt werden, ob der Mann Verbindungen zu Gleichgesinnten im aktiven Dienst habe. (dpa/jW)

■ Siehe Kommentar Seite 8

jW wird herausgegeben von 2.079 Genossinnen und Genossen (Stand 6.11.2017)

www.jungewelt.de/lpg



Keystone-Pipeline nicht ganz dicht

Leckage lässt knapp 800 Tonnen Öl austreten. US-Umweltschützer: Erweiterung stoppen

Es galt bisher als Schreckensszenario von Umweltschützern: Im US-Bundesstaat South Dakota sind aus einem Leck der »Keystone«-Pipeline rund 795.000 Liter Öl austreten. Das teilte die Betreiberfirma Trans Canada mit. Die Leitung wurde demnach am Donnerstag außer Betrieb gesetzt, nachdem ein Druckabfall bemerkt worden war. Der betroffene Abschnitt sei innerhalb von 15 Minuten isoliert worden, beschwichtigte das Unternehmen. Die Ursache der Havarie war bis zum Freitag morgen noch unklar.

Das Unglück ereignete sich knapp fünf Kilometer südöstlich des Ortes Amherst im Bezirk Marshall County. »Es ist eine unterirdisch verlaufende Pipeline, aber einiges Öl ist an die Oberfläche ins Gras aufgestiegen«, sagte Brian Walsh, Sprecher der Umweltbehörde von South Dakota, dem Sender CNN. Es werde einige Tage dauern herauszufinden, ob Grundwasser verseucht wurde. Die Umweltschutzorganisation Sierra Club rief nach dem Vorfall dazu auf, die geplante Erweiterung der Pipeline zu verhindern. Es werde nicht das letzte

Mal sein, dass Öl austrete, warnte die Organisation.

Mit der »Keystone XL« soll die 2010 in Betrieb genommene Leitung erweitert werden. Der frühere US-Präsident Barack Obama hatte 2015 den Bau des Erweiterungsprojekts gestoppt. Sein Nachfolger Donald Trump entschied aber im März, dass »Keystone XL« gebaut werden soll. Er argumentierte, dass dies im Interesse des Landes sei. Über die 1.900 Kilometer lange Erweiterung der Röhre sollen täglich bis zu 830.000 Barrel (Fass; insgesamt

knapp 132 Millionen Liter) aus Teersand gewonnenes Öl bis zur Küste am Golf von Mexiko gepumpt werden.

Ein Teil der Pipeline im Süden existiert bereits. Umweltschützer befürchten durch den Bau der Leitung höhere Emissionen klimaschädlicher Treibhausgase und warnen immer wieder vor Lecks. Am kommenden Montag will eine Kommission in Nebraska ihre Entscheidung darüber bekanntgeben, ob sie die Genehmigung für die Passage der Pipeline durch den Bundesstaat erteilt.

(dpa/jW)